

Nr. 19/321

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Entwicklungsmöglichkeiten in der Arbeit mit delinquenten Jugendlichen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. März 2016
(Drucksache [19/328](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2016
(Drucksache [19/425](#))
2. Hospiz- und Palliativversorgung im Land Bremen stärken!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. April 2016
(Drucksache [19/366](#))
3. Wie geht es weiter mit der qualifizierten Leichenschau?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 12. April 2016
(Drucksache [19/369](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 17. Mai 2016
(Drucksache [19/435](#))
4. Guter Hoffnung – Geburtshilfe in Bremen verbessern
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 21. April 2016
(Drucksache [19/400](#))
5. Zweites Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes
Mitteilung des Senats vom 8. März 2016
(Drucksache [19/323](#))
2. Lesung
6. Mangelhafte Kontrolle der Millionensubvention für die Jacobs University
Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 27. April 2016
(Neufassung der Drucksache [19/401](#) vom 25. April 2016)
(Drucksache [19/410](#))

Nr. 19/322

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Baustopp für Offshore-Hafen – Fehler und Verantwortung des Bremer Senats.“

Nr. 19/323

Bewährte Standards im Handwerk und in den freien Berufen erhalten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. September 2015
(Neufassung der Drucksache [19/55](#) vom 8. September 2015)
(Drucksache [19/74](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/324

Bewährte Standards im Handwerk und in den freien Berufen erhalten

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 11. März 2016
(Drucksache [19/337](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

Nr. 19/325

No Hate Speech!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 8. Februar 2016
(Drucksache [19/264](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung die Task Force „Gemeinsam gegen Hassbotschaften“ ihre Arbeit aufrechterhält, die Gespräche mit Anbietern von Webdiensten fortführt sowie weitere einbindet und dabei weiterhin darauf hinwirkt, dass klar strafbare Inhalte unmittelbar nach Kenntnisnahme gelöscht werden, wie es den rechtlichen Vorgaben in Deutschland entspricht – auch um eine möglichst effektive Strafverfolgung zu ermöglichen;
2. sich weiterhin in den Beratungen zur Bundesratsinitiative des Hamburger Senats vom 8. Dezember 2015 „Strafbarkeit des Verbreitens und Verwendens von Propagandamitteln und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bei Handlungen im Ausland“ unterstützend auszusprechen;
3. sich dafür einzusetzen, dass die technische und personelle Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden dem digitalen Zeitalter entsprechend erfolgt;
4. sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass trotz des bestehenden Rechts auf eine anonymisierte und pseudonymisierte Nutzung von Telemedienangeboten, eine Strafverfolgung bei Rechtsverletzungen möglich sein muss;
5. sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass eine internationale enge Zusammenarbeit und Vernetzung aller Akteure gestärkt wird;
6. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung sich an der „No-Hate-Speech“-Kampagne des Europarats beteiligt und
7. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Anbieter sich der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia (FSM) und dem einheitlichen Verfahren der FSM-Beschwerdestellen anschließen.

Nr. 19/326

Grundrechte europaweit schützen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 12. April 2016
(Drucksache [19/370](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 24. Mai 2016
(Drucksache [19/500](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die Bedeutung der EU-Grundrechtecharta und anderer völkerrechtlicher Verträge zum Schutz von Menschenrechten und Grundfreiheiten und wird sich weiterhin auf allen politischen Ebenen für die Sicherung der darin verankerten Grundrechte einsetzen. Hierfür wird die Bürgerschaft (Landtag) die enge Kooperation mit europäischen Partnern nutzen, um für die Bedeutung der Grundrechte zu werben, sie zu verteidigen und zu fördern.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) ist überzeugt, dass die gemeinsamen europäischen Werte in allen Mitgliedsstaaten geachtet werden müssen und begrüßt daher die Nutzung des Kommissionsverfahrens im „Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips“. Vorschläge zur Einrichtung eines unabhängigen Sachverständigengremiums, angegliedert an die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte in Wien, sind zu prüfen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf Bundes- und Europaebene sowie gegenüber den europäischen Partnern – insbesondere im Rahmen der Städtepartnerschaften – die Bedeutung des Grundrechtsschutzes zu thematisieren und sich für dessen Achtung und Umsetzung einzusetzen.

Nr. 19/327

Europa auch in schwierigen Zeiten modernisieren und weiterentwickeln

Antrag der Fraktion der CDU

vom 25. Mai 2016

(Neufassung der Drucksache [19/458](#) vom 24. Mai 2016)

(Drucksache [19/501](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich zur Europäischen Union (EU) als Werte- und Rechtsgemeinschaft und spricht sich für den Fortgang des politischen und zivilgesellschaftlichen Dialogs über das gemeinsame Wertefundament der EU, die Umsetzung von Grundrechten und die gemeinsamen Zielvorstellungen der EU zwischen den souveränen Mitgliedsstaaten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die Bedeutung der EU als Rechtsgemeinschaft und begrüßt, dass bei der aktuellen Anwendung des „EU-Rahmens zum Rechtsstaatsprinzip“ auf Einschränkungen der Presse- und Medienfreiheit sowie Eingriffe in die Unabhängigkeit der Justiz in einigen Mitgliedsstaaten mit rechtsstaatlichen Mitteln geantwortet wird.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) warnt vor einer öffentlichen Vorverurteilung von Mitgliedsstaaten, wenn das Rechtsstaatsprinzip zur Anwendung kommt und bekennt sich zu einer Fortführung des politischen und gesellschaftlichen Dialogs auf Regierungsebene und innerhalb der Institutionen der EU.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Bundesregierung auch weiterhin bei der inhaltlichen Weiterentwicklung und Modernisierung der EU, und zwar insbesondere in folgenden Punkten:
 - a) Die Freizügigkeit ist ein Grundpfeiler der EU. Durch sie ist Reisefreiheit und grenzüberschreitender Handel problemlos möglich. Davon profitiert auch das Land Bremen als Wirtschaftsstandort. Diese Errungenschaft darf nicht leichtfertig durch nationale Alleingänge und Grenzschießungen verspielt werden.
 - b) Der Flüchtlingszuzug und die aktuelle Lage in Griechenland haben im Bereich Asylpolitik zu erhöhtem Handlungsdruck geführt. Auf die Herausforderungen aus der aktuellen Flüchtlingssituation kann die EU nur gemeinsam mit ihren Partnern im Mittelmeerraum antworten. Die Außengrenzen der EU sind hierbei wirkungsvoll zu schützen.

- c) Ein nahtloser europäischer Rechtsraum ohne Binnengrenzen sichert die gleichen Werte in Europa. Auf Grundlage dieser Werte muss gemeinschaftlich stärker und koordinierter gegen Menschenhandel, Schleuserkriminalität und Terrorismus vorgegangen werden.
 - d) Die EU ist auch eine Wirtschaftsunion: Unter anderem durch gemeinsame Investitionen, die Vernetzung des Binnenmarktes, eine robuste Energieunion, eine Stärkung der industriellen Basis und ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den USA kann die EU in den nächsten Jahren auch weiterhin den Wohlstand in den Mitgliedsstaaten sichern, Arbeitsplätze schaffen und soziale Unterschiede abschmelzen.
 - e) Nur eine starke gemeinsame Außenpolitik kann langfristig zu mehr Gewicht und zur Vermittlung der europäischen Werte führen. Das haben die Krisen im Mittelmeerraum, aber auch in der Ukraine gezeigt. Nur gemeinsam kann Europa auf weltweite Bedrohungen und Krisen in der Nachbarschaft wirkungsvoll und nachhaltig antworten.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen seiner Europastrategie sowie in den allgemeinbildenden Schulen und im Bereich politische Bildung einen stärkeren Fokus auf die Vermittlung des Mehrwertes „Europas“ fernab eigener politischer Schwerpunktsetzungen zu legen und konkrete Maßnahmen zur stärkeren Sensibilisierung der Bremerinnen und Bremer zu entwickeln.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat dazu auf, die Zusammenarbeit der Bremischen Verwaltung mit der europäischen Ebene zu verstärken und der Bürgerschaft (Landtag) regelmäßig Bericht über die Verbesserung der Europafähigkeit der Bremischen Verwaltung zu erstatten.

Nr. 19/328

Keine Strafgebühr bei verspäteter Steuererklärung zulassen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 17. Mai 2016
(Drucksache [19/433](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/329

Am Ausbau der Mittelweser als Lebensader Bremens festhalten

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 9. Februar 2016
(Drucksache [19/269](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/330

Lang-Lkw auf Bremens Straßen

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. Februar 2016
(Drucksache [19/258](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. März 2016

(Drucksache [19/326](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/331

Kundenfreundlicher Bürgerservice auch per Anruf und via Internet

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Februar 2016
(Drucksache [19/270](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 18. Mai 2016

(Drucksache [19/447](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. elektronische Formulare gemäß § 3a Absatz 2 Nummer 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für Standarddienstleistungen zu entwickeln und bis Mitte 2016 online zur Verfügung zu stellen.
2. ein Konzept für die Erweiterung der Online- und Telefondienstleistungen für Bürger in öffentlich-rechtlichen Verwaltungsvorgängen mit der Maßgabe einer möglichst hohen Serviceorientierung und Vereinfachung der Abläufe zu erstellen und dies der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von drei Monaten vorzustellen.

Nr. 19/332

Bürgerservice erweitern – Internetwachen und Online-Strafanzeigen ermöglichen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. Februar 2016
(Drucksache [19/271](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

vom 18. Mai 2016

(Drucksache [19/448](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der staatlichen Deputation für Inneres innerhalb von drei Monaten ein Konzept für die Einrichtung von Internetwachen bei der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven vorzulegen, in dem die Ausgestaltung detailliert vorgestellt wird. Dabei ist auch die Einrichtung einer gemeinsamen Internetwache für Bremen und Bremerhaven zu prüfen.

Nr. 19/333

Ausbildungssituation transparent darstellen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 15. Februar 2016
(Drucksache [19/274](#))

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 19/334

Entwicklungen auf dem regionalen Ausbildungsmarkt transparent darstellen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 24. Mai 2016
(Drucksache [19/471](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen seiner Möglichkeiten verbindliche Vereinbarungen für einen transparenten Ausbildungsmarkt zu erwirken, um

1. die Zahl der jungen Menschen aus den Schulabgangsklassen zu erfassen, die als Ratsuchende der Berufsberatung und/oder der Jobcenter an einem Ausbildungsplatz interessiert sind und die nicht als „Bewerberinnen/Bewerber um einen Ausbildungsplatz“ geführt werden.
2. seitens der zuständigen Stellen Informationen darüber zu erhalten,
 - a) wie viele neue Ausbildungsverträge in welchen Branchen/Berufsfeldern mit jungen Menschen abgeschlossen wurden, die nicht im Land Bremen wohnhaft sind;
 - b) welche Schulabschlüsse die neuen Auszubildenden in welchen Branchen/Berufsfeldern haben.
3. jährlich die Zahl der jungen Menschen festzuhalten, die nach dem Schulabgang weder in Ausbildung noch in eine weitere schulische Bildung mit dem Ziel eines höheren Schulabschlusses, noch in ein Studium oder in Arbeit eingemündet sind, und diese Zahl auch über den Schulabschluss hinaus weiter zu aktualisieren, sofern die jungen Menschen diese Auskunft zum Beispiel im Rahmen der Beratung durch die Jugendberufsagentur freiwillig geben.
4. diese Zahlen nach Männern und Frauen aufzuschlüsseln.

